

Ukraine

Das Land wird wird zwischen zwei reaktionären Seiten zerrieben.

➟ Seite 10



Deutsche Post

Der ehemalige Staatskonzern nähert sich dem „Modell Amazon".

➟ Seite 9


Brot und Rosen

Streik der Erzieher*innen: ein feministischer Kampf!

Das Gesicht der Prekarisierung ist weiblich

Brot & Rosen

Klassenkämpferischer Feminismus und der Streik der ErzieherInnen

➟ Beilage

14

März 2015

KLASSEGEGENKLASSE

Zeitschrift der Revolutionären Internationalistischen Organisation | Deutsche Sektion der Trotzkistischen Fraktion – Vierte Internationale | Preis: 1 Euro | Solipreis: 2 Euro

FÜR GRIECHENLAND LIEGEN ALLE OPTIONEN AUF DEM TISCH...

Merkel auf dem Vormarsch

Der deutsche Imperialismus erobert einen Platz an der Sonne. Der Reformismus von Syriza bietet keinen Ausweg.

Die **Revolutionäre Internationalistische Organisation** (RIO) ist die deutsche Sektion der Trotzkistischen Fraktion – Vierte Internationale (FT-CI).

Klasse Gegen Klasse erscheint zehnmal im Jahr. Abos sind ab 25 Euro frei Haus erhältlich. Diese Zeitschrift wird auf Recycling-Papier gedruckt.

Redaktion: Wladek Flakin, Oskar Huber, Stefan Schneider. Layout: Wladek Flakin, Max Karlmann. Titelbild: Latuff.
ViSdP: R. Müller, Hafenstraße 120, 20359 Hamburg, Eigendruck im Selbstverlag.


Nicolás del Caño (PTS) auf Platz Zwei bei den Vorwahlen in Mendoza

International: **Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale**
www.ft-ci.org

Argentinien: **Partido de los Trabajadores Socialistas** www.pts.org.ar
Mexiko: **Movimiento de los Trabajadores Socialistas**
www.mtsmexico.org
Bolivien: **Liga Obrera Revolucionaria por la Cuarta Internacional**
www.lorci.org
Brasilien: **Liga Estratégia Revolucionaria – Quarta Internacional**
www.palavraoperaria.org
Chile: **Partido de Trabajadores Revolucionarios** www.ptr.cl
Venezuela: **Liga de Trabajadores por el Socialismo** www.lts.org.ve
Costa Rica: **Liga de la Revolución Socialista** lrscostarica.blogspot.com
Uruguay: **Juventud Revolucionaria Internacionalista**
jrinternacionalista.wordpress.com
Spanischer Staat: **Clase Contra Clase** www.clasecontraclase.org
Frankreich: **Mitglieder in der Courant Communiste Révolutionnaire innerhalb der NPA** www.ccr4.org
Deutschland: **Revolutionäre Internationalistische Organisation**
www.klassegegenklasse.org

NR. 14 MÄRZ 2015

ONLINE LESEN…



Kongress der NPA
In der Neuen Antikapitalistischen Partei in Frankreich hatte der linke Flügel Erfolg.



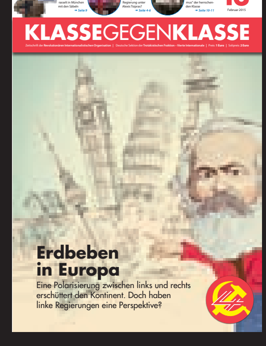
Ausgewandert und ausgebeutet
Interview über die Kämpfe von Pflegekräften aus dem Spanischen Staat in Deutschland

Druckerei unter ArbeiterInnenkontrolle



Die Druckerei Donnelley in Buenos Aires sollte im August 2014 geschlossen werden. Doch die Beschäftigten akzeptierten ihre Entlassungen nicht. Mit Hilfe der revolutionären Linken besetzten sie den Betrieb und produzieren unter ArbeiterInnenkontrolle. Eine Fotoreportage von *Simon Zamora Martin* gibt es auf unserer Website: **www.klassegegenklasse.org**


Alte Ausgaben von Klasse Gegen Klasse ebenfalls erhältlich unter info@klassegegenklasse.org









Merkel auf dem Vormarsch

Und der Reformismus von Syriza bietet keinen Ausweg.

VON WLADEK FLAKIN

Haben Merkel und Schäuble das Ziel erreicht, von dem die deutsche Bourgeoisie seit mehr als einhundert Jahren träumt?

Seit fünf Jahren herrscht eine rigide Sparpolitik in Griechenland, die von Berlin und Brüssel aus diktiert wird. Doch am 25. Januar hat die griechische Bevölkerung massiv gegen die Austerität gestimmt und die linke Partei Syriza unter Alexis Tsipras ins Amt gehievt.

Deutsche Stiefel

Syriza hatte versprochen, die Sparpolitik zu beenden und die Troika aus dem Land zu werfen. Nicht zufällig war es ein deutscher Minister, Wolfgang Schäuble, der diesen Plänen eine Absage erteilte: Die Privatisierungen und Angriffe auf die arbeitende Bevölkerung müssten fortgesetzt werden oder Griechenland werde wirtschaftlich zum Kollaps gebracht.

Am 20. Februar erzielte die griechische Linksregierung eine Einigung mit der Eurogruppe, die Tsipras als Sieg verkaufte. Doch das ist Augenwischerei: Das Kürzungsprogramm der Vorgängerregierung wird fortgesetzt und die Europäische Kommission, der Internationale Währungsfonds und die Europäische Zentralbank werden weiterhin darüber wachen. Der Mindestlohn wird entgegen der Wahlversprechen erstmal nicht angehoben und die vorgenommenen Privatisierungen werden nicht zurückgenommen.

Schäuble und Merkel haben selbst die kleinsten Zugeständnisse an die griechische Regierung verweigert. Denn in dieser Auseinandersetzung geht es nicht in erster Linie um die Schulden – die die griechische Bevölkerung ohnehin nie wird zurückzahlen können –, sondern um die vollständige Kontrolle der griechischen Wirtschaft. Das deutsche Kapital musste ein Exempel statuieren, dass seine Hegemonie nicht zur Diskussion steht. *„Es kann keine demokratische Wahl gegen die europäischen Verträge geben"*, wie der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker erklärte[1].

Gescheiterte Strategie

„Selten ist eine Strategie so eindeutig und so schnell gescheitert." So beurteilt Stathis Kouvelakis, Mitglied des linken Flügels von Syriza, das Ergebnis der Verhandlungen[2]. Und Manolis Glezos, griechischer Widerstandskämpfer gegen die deutsche Besatzung zur Zeit des Zweiten Weltkriegs und jetzt Europaparlamentarier für Syriza, entschuldigte sich dafür, dass er *„an dieser Illusion mitgewirkt"* hatte. Der 92-Jährige fordert die Basis von Syriza dringend dazu auf, über die aktuelle Situation zu beraten: *„Lasst uns reagieren, bevor es zu spät wird."*[3]

Dieser Aufruf ist sicherlich richtig. Dass Tsipras seine Kapitulation als Sieg feiert, kann bei den Massen, die ihre Hoffnungen in Syriza gesetzt hatten, nur zur Demoralisierung führen. Doch das Problem ist nicht neu: Die Strategie von Syriza, auch ihres linken Flügels, war immer darauf ausgerichtet, die ArbeiterInnenklasse zu demobilisieren – sie sollten nicht auf ihre eigenen Kämpfe vertrauen, sondern auf die Wahlen zum Parlament und die Verhandlungen mit den KreditgeberInnen.

Bereits seit 2012 hat Syriza ihr Programm in der Hoffnung auf einen Kompromiss mit der Troika immer mehr gemäßigt. Diese Strategie ist nun mit der harten Haltung des deutschen Imperialismus zusammengestoßen und hat Schiffbruch erlitten. Denn diese Institutionen können nicht „demokratisiert" werden – sie können nur durch die Mobilisierung einer größeren sozialen Kraft gestürzt werden.

Revolutionäre Strategie

Für ein tatsächliches Ende der Sparpolitik müssen die Schulden sofort und vollständig gestrichen werden (die Forderung wird auch von vielen Menschen in Griechenland erhoben). Jede „Neuverhandlung", wie sie Syriza versucht, wird nur bedeuten, dass die griechischen ArbeiterInnen und Jugendlichen weiter zugunsten der europäischen Banken und Konzerne ausgepresst werden. Statt einer Orientierung auf einen „vernünftigen Kompromiss" wird nur ein unbarmherziger Kampf gegen die EU-Institutionen Rettung bringen. Nicht in Brüsseler Hinterzimmern, sondern auf den Straßen Europas können die deutschen Pläne zurückgeschlagen werden.

Gerade auch in Deutschland ist eine Mobilisierung gegen die Politik des deutschen Imperialismus notwendig. Geradezu fatal ist deshalb die Haltung der Linkspartei, der Erpressung durch die Troika im Bundestag zuzustimmen. Die objektiven Grenzen des parlamentarischen Reformismus im Rahmen der Krise werden immer deutlicher. Die konsequente Schlussfolgerung daraus muss sein, dass eine Partei aufgebaut werden muss, die die ArbeiterInnenklasse als unabhängige politische Kraft gegen das Kapital mobilisiert.

Die griechische Bevölkerung braucht unsere bedingungslose Solidarität im Kampf gegen „unsere" Regierung. Doch gleichzeitig brauchen wir eine klare Kritik von links an der griechischen Regierung, die den Schulden und der Sparpolitik zugestimmt hat. Denn die Solidarität mit den griechischen Massen bedeutet auch aufzuzeigen, dass im Kampf gegen die deutschen Semikolonisierungsversuche der Reformismus in eine Sackgasse führt. Eine revolutionäre Alternative muss her, in Griechenland und weltweit.

1. Gavin Hewitt: Greece: The dangerous game http://www.bbc.com/news/world-europe-31082656.
2. Stathis Kouvelakis: The Alternative in Greece. https://www.jacobinmag.com/2015/02/syriza-greece-eurogroup-kouvelakis/.
3. Manolis Glezos: Glezos denounces Greek loan agreement as „illusion". http://roarmag.org/2015/02/glezos-greek-bailout-illusion/.

Eine unglückliche

FRAUENUNTERDRÜCKUNG: Wie hängen Marxismus und Feminismus zusammen? Die marxistische Hochschulgruppe **WAFFEN**DER**KRITIK** organisierte im vergangenen Semester einen Lesekreis zu materialistischem Feminismus. Erste Schlussfolgerungen.

VON LILLY FREYTAG UND STEFAN SCHNEIDER

Als „unglückliche Ehe" beschrieb Heidi Hartmann 1981 das Verhältnis zwischen Marxismus und Feminismus. Und auch heute wird MarxistInnen immer wieder vorgeworfen, Frauenunterdrückung nicht ausreichend oder nur instrumentell zu berücksichtigen. Gleichzeitig wird im dominierenden feministischen Diskurs die Frauenunterdrückung vorrangig zu einem ideologischen Phänomen erklärt. Auch von reaktionären Vorstellungen ist der offizielle feministische Diskurs nicht frei. Angesichts des gerade stattfindenden gesellschaftlichen Rollbacks in ganz Europa, der gezielt die hart erkämpften Rechte von Frauen wie das Recht auf Abtreibung angreift, ist es deshalb Zeit, einen Feminismus zu schaffen, der auch die materielle Grundlage der Frauenunterdrückung angreift.

Insbesondere in den 1970er und 1980er Jahren gab es in der Frauenbewegung eine breite Debatte über ein materialistisches Verständnis des Feminismus: ein Resultat des Aufschwungs einer kämpferischen Frauenbewegung in den 1970er Jahren, aber auch der Enttäuschung über die schnelle Institutionalisierung dieser zweiten Frauenbewegung. Doch auch schon vorher, besonders während der Hochzeit der proletarischen Frauenbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts, gab es wichtige theoretische und politische Debatten über die Verbindung von Frauenunterdrückung und Kapitalismus und den Weg zur Überwindung von beidem. Deshalb müssen wir heute nicht von Null anfangen, um einen klassenkämpferischen, materialistischen Feminismus zu entwickeln.

Woher kommt Frauenunterdrückung?

Das Spektrum derjenigen, die sich um einen materialistischen Feminismus bemühen, ist breit. Gemeinsam ist ihnen, dass sie aus den materiellen Bedingungen heraus die Unterdrückung der Frauen erklären wollen. Sie fragen, was die historischen Bedingungen für die Entstehung der Frauenunterdrückung waren und wie sie heute aufrecht erhalten wird. Aus diesen Erklärungen sollen dann Schlussfolgerungen für die feministische Praxis gezogen werden. Materialistische FeministInnen beziehen sich auf den Marxismus, kritisieren Marx aber teilweise dafür, dass seine Analyse des Kapitals geschlechtsblind gewesen sei. Dem wird von anderen materialistischen FeministInnen entgegen gehalten, dass nicht Marx' Analyse geschlechtsblind sei, sondern der grundlegende Prozess der Kapitalverwertung und Mehrwertproduktion unabhängig vom Geschlecht der Ausgebeuteten und AusbeuterInnen funktioniert. Allerdings ist im historisch gewachsenen Kapitalismus die Geschlechterungleichheit tief verwurzelt. Schon vor dem Kapitalismus gab es verschiedene Formen der Frauenunterdrückung, die sich bei der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise tief in ihre konkrete Funktionsweise eingeschrieben haben. Der Kapitalismus, wie er sich heute weltweit herausgebildet hat, benötigt die Spaltung der ArbeiterInnenklasse, die Überausbeutung der Frauenarbeit (Prekarisierung!) und die unbezahlte Hausarbeit, also die Frauenunterdrückung. Dies bildet den materiellen Nährboden für Sexismus, der verschiedenste Formen annehmen kann. Deshalb ist die Frage der Überwindung der Frauenunterdrückung untrennbar mit der Überwindung des Kapitalismus verbunden.

Reproduktionsarbeit

Eine zentrale Debatte im materialistischen Feminismus ist die Charakterisierung von produktiver und „unproduktiver" Arbeit. Ob eine Arbeit produktiv oder „unproduktiv" ist, hängt nicht von der Art der Arbeit ab, sondern davon, ob sie Mehrwert schafft – das heißt, ob sie verausgabt wird, um eine Ware zu produzieren, innerhalb des Verwertungsprozesses des Kapitals. Arbeit ist unproduktiv, wenn sie keinen Mehrwert schafft, wenn sie also beispielsweise unbezahlt im Haushalt stattfindet.

Unter dem Begriff der „Reproduktionsarbeit" ist all die Arbeit zu verstehen, die dazu dient, die Ware Arbeitskraft zu reproduzieren. Also die Arbeit, die es ermöglicht, dass die ArbeiterInnen überhaupt überleben und jeden Tag aufs Neue ihre Arbeitskraft verkaufen können. Darunter fallen Tätigkeiten wie Kochen, Putzen, Einkaufen, Kleidung waschen und flicken, Kinder bekommen und erziehen und auch emotionale und sexuelle Fürsorge.

Reproduktionsarbeit kann als produktive – zum Beispiel in einem Restaurant oder einer Wäscherei – und als unproduktive Arbeit – in der Familie – geleistet werden, sie kann bezahlt oder unbezahlt erfolgen. Wie die Reproduktionsarbeit im Kapitalismus organisiert ist, ist das Resultat eines historischen Prozesses, in dem die Bedürfnisse der Kapitalakkumulation einerseits und Kämpfe der ArbeiterInnen andererseits den Rahmen der Möglichkeiten für die Reproduktion gegeben haben. Anfang des 20. Jahrhunderts wurde ein Familienlohn eingeführt, der es ermöglichte, dass Frauen zu Hausfrauen wurden, um so die Arbeitskraft der Männer auf höherem Niveau wiederherzustellen. Das entsprach einem Bedürfnis des Kapitals zu einer Zeit, als es auf besser ernährte und ausgebildete ArbeiterInnen angewiesen war. Seit den 70er Jahren wurden Kinderbetreuungseinrichtungen ausgebaut und Haushaltsarbeit automatisiert, um mehr Frauen wieder in den Arbeitsprozess einzubinden. Heute findet ein gesellschaftlicher Rückschritt statt, der die Prekarisierung von Frauenarbeit weiter vorantreibt und Frauen erneut aus der produktiven Sphäre herausdrängt. Wie die Reproduktionsarbeit organisiert wird, ist also ein Ergebnis von Klassenkämpfen von unten und von oben.

Wer profitiert?

Historisch hat sich eine geschlechtliche Arbeitsteilung ergeben, in der Frauen für die Reproduktionsarbeit verantwortlich sind, und zwar unbezahlt. Wer aber profitiert von dieser Konstellation – die Männer oder die KapitalistInnen? Es stellt sich die Frage, ob „Frauenarbeit in der Familie wirklich für die Männer ist, obwohl sie eindeutig das Kapital reproduziert" (Heidi Hartmann) oder ob sie eine Form der Ausbeutung durch das Kapital ist, die als angeb-

Ehe?



lich aus Liebe geleistete Arbeit für den Mann verschleiert wird.

Grundsätzlich entspricht die Höhe des Lohns dem, was die ArbeiterInnen brauchen, um ihre Arbeitskraft jeden Tag aufs Neue zu reproduzieren – nicht nur rein physisch, sondern auch kulturell und sozial. Doch wenn ein großer Teil der Reproduktionsarbeit unentgeltlich geleistet wird, dann sinkt der Wert der Ware Arbeitskraft, weil der/die ArbeiterIn für die eigene Reproduktion keine Arbeitskraft bezahlen muss. Das übersetzt sich direkt in eine größere Mehrwertabschöpfung durch die KapitalistInnen. Dennoch ergibt sich hier ein Paradox des Kapitalismus, denn die Tendenz zur Senkung des Lohns wird dadurch konterkariert, dass die Frauen, die historisch die Reproduktionsarbeit geleistet haben, durch den Lohn des Mannes mitversorgt werden müssen, was wiederum den Lohn steigen lässt. Deshalb war der in der feministischen Debatte häufig als Verschärfung der Frauenunterdrückung verstandene Familienlohn nicht so eindeutig reaktionär, da er überhaupt erst eine materielle Basis für eine Reproduktion der ArbeiterInnenfamilie bot. Nichtsdestotrotz sorgt die Existenz des Familienlohns für eine massive Unterbewertung des Lohns für Frauenarbeit bis heute, worunter vor allem alleinstehende Frauen zu leiden haben.

Im Ergebnis profitieren zwar durchaus auch Männer der ArbeiterInnenklasse von der unbezahlten Hausarbeit, aber die eigentlichen ProfiteurInnen sind die KapitalistInnen, die Kosten für Reproduktionsarbeit einsparen und zugleich den Druck auf den weiblichen Lohn für ihre Profitmaximierung nutzen können. Gleichwohl entgeht den KapitalistInnen damit ein großer Markt, was insbesondere in Zeiten der Krise der Kapitalakkumulation, wie wir sie heute erleben, problematisch sein kann. Das erklärt die heutige Tendenz zur teilweisen Kommodifizierung von Reproduktionsarbeit, z.B. durch privatwirtschaftlich organisierte Sorgearbeit. Es existieren gleichzeitig jedoch viele gegenläufige Tendenzen, die eine vollständig lohnförmig organisierte Reproduktionsarbeit im heutigen Kapitalismus unmöglich machen.

Bilden Frauen eine eigene Klasse?

Die Antwort darauf, wie Frauenunterdrückung überwunden werden kann, ist jedoch nicht nur aus der Analyse der materiellen Grundlagen im (Re-)Produktionsprozess abzuleiten, sondern bedarf eines Verständnisses des Subjekts der Überwindung. In der materialistisch-feministischen Debatte der 1970er und 80er Jahre entstand so die Kontroverse darüber, ob Frauen eine eigene „Klasse“ innerhalb eines eigenständigen, neben dem Produktionssystem stehenden Reproduktionssystems namens Patriarchat konstituieren. Diejenigen, die von dieser Annahme ausgehen, plädieren für ein Bündnis aller Frauen – Ausgebeutete und Ausbeuterinnen –, welches gegen die Männerherrschaft kämpfen soll. Eines der Probleme dieses Ansatzes liegt darin, dass die Herrschaft „der Männer“ über „die Frauen“ gar nicht so generell gilt. Beispielsweise sind männliche Arbeiter ebenfalls vom massiven Lohndruck als Resultat der geschlechtlichen Arbeitsteilung betroffen – wenn auch nicht im gleichen Maße wie ihre weiblichen Kolleginnen.

Trotzdem ist der Begriff des Patriarchats nicht unnütz, denn er kann die Existenz der Frauenunterdrückung in verschiedenen Klassengesellschaften beschreiben – damit wird aber auch klar, dass er keine geeignete Analysekategorie darstellt. Denn es ist ja gerade die spezifische Art und Weise, auf die die Unterdrückung der Frauen in den verschiedenen Klassengesellschaften organisiert ist und wie sie mit der vorherrschenden Produktionsweise zusammenhängt, die uns Auskunft über die tatsächlichen Bedingungen der Befreiung von Frauen geben kann.

Ein klassenkämpferischer Feminismus!

Wenn wir erkennen, dass die Frauenunterdrückung nicht ein ahistorisches, unabhängiges System der Unterdrückung darstellt, sondern dass sie immer spezifisch von den materiellen Bedingungen der herrschenden Produktionsverhältnisse abhängt, dann ist es klar, dass diese materiellen Bedingungen zerstört werden müssen, um die Befreiung zu erreichen.

Die Trennung von Produktions- und Reproduktionssphäre im Kapitalismus, die einer Trennung von öffentlichen und privaten Sphären entspricht, ist dabei ein Haupthindernis. Jeder Versuch der Überwindung der Frauenunterdrückung muss deshalb die Vergesellschaftung der Reproduktionsarbeit mit einschließen.

Die spezifische Unterdrückung von Frauen im Kapitalismus kann aber nur im gemeinsamen Kampf des Proletariats gegen das Kapital durchbrochen werden – bei gleichzeitigem ideologischen Kampf auch innerhalb des Proletariats gegen Sexismus und für eine unabhängige Organisierung und Mobilisierung von Frauen. Die proletarische Frauenbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts hat in diesem Sinne viele Vorbilder gegeben, an die ein heutiger klassenkämpferischer Feminismus wieder anschließen kann.

Syriza, Podemos,

NEOREFORMISMUS: Die griechische Regierungspartei Syriza wird dafür kritisiert, dass sich keine Frauen in ihrem Kabinett befinden. Podemos aus dem Spanischen Staat erhält ebenfalls zahlreiche Kritiken von FeministInnen. Warum hat die „Frauenfrage" eine grundlegende Bedeutung für den revolutionären Marxismus?

VON ANDREA D'ATRI[1]

Nach ihrem Wahlsieg präsentierte Syriza eine Liste von Namen für das von Alexis Tsipras angeführte Kabinett. Ein Skandal brach aus. Nicht nur wegen der Koalition mit der rechtsnationalistischen ANEL (Unabhängige Griechen), deren Diskurs gegen die „Hilfsprogramme" und die Troika mit einer konservativen, rassistischen, antisemitischen, nationalistischen, homophoben und die orthodoxe Kirche verteidigenden Ideologie getränkt ist. Sondern auch, weil alle Ministerien von Männern besetzt wurden.

Eine kritische Stimme dazu kam von Podemos aus dem Spanischen Staat – eine Organisation, die sich als „weder rechts noch links" bezeichnet. Aber auch sie hat im vergangenen Jahr schon harte Kritiken von bekannten FeministInnen erhalten, weil ihre zentralen Figuren allesamt Männer sind und sie einige Unklarheiten bezüglich grundlegender Fragen der Rechte der Frauen gelassen hat.

Manche vergleichen den Sieg von Syriza, das Wachstum von Podemos und den Aufstieg der Front der Linken und ArbeiterInnen (FIT) bei den letzten Wahlen in Argentinien miteinander[2]. Doch es gibt substantielle Unterschiede zwischen diesen Gruppierungen. Die Wichtigkeit, die sie den Frauen und ihrem Kampf gegen die Unterdrückung zuschreiben, ist dabei nicht nebensächlich.

Die Parteien der FIT haben öffentlich bekannte Differenzen bezüglich des Programms und der politischen Strategie. Trotz dieser Unterschiede baut sich ihre Einheit rund um die Verteidigung der politischen Unabhängigkeit der ArbeiterInnenklasse und eines Programms auf, das die zentralen Forderungen der ArbeiterInnenklasse und aller ausgebeuteten und unterdrückten Sektoren sowie den Kampf für eine ArbeiterInnenregierung beinhaltet.

Deswegen sind die grundlegenden demokratischen Forderungen der Frauen und eine Politik gegen den Heterosexismus Teil dieses Programms. Das schlägt sich auch in den Wahlkampagnen der KandidatInnen nieder, die in Wahlspots und auf Plakaten ihre Kämpfe vertreten.

Frauenhass in linkem Gewand?

Die meisten Strömungen, die sich als links bezeichnen, haben in den letzten Jahren die Forderungen der Frauen- und LGBTI-Bewegung in ihr Programm eingebaut – aber nur für die Wahlen. Diese Tatsache verursacht ständige Krisen unter ihren AnhängerInnen, die den Widerspruch zwischen den öffentlichen Reden und der Praxis dieser Gruppierungen erleben. Entweder, weil die Anführer am Ende doch immer Männer sind, weil sich frauenfeindliche Verhaltensweisen in ihren Strukturen reproduzieren oder weil sich ihre Prioritäten plötzlich verschieben, wenn es um Machterwerb und öffentliche Präsenz geht.

Seit Kürzerem haben diese sich als links bezeichnenden Parteien die „Geschlechtergleichheit" und den „Respekt gegenüber der Vielfalt" integriert. Das ist aber weit entfernt vom Kampf gegen die Unterdrückung, der innerhalb des revolutionärem Marxismus Tradition ist.

Die Niederlage gegen die imperialistische Gegenoffensive (bekannt als Neoliberalismus) hat den Großteil der Linken geprägt: Sie hat ihre Strategie und ihr Programm an den minimalen Kampf um die Ausweitung von Rechten innerhalb der bürgerlichen Demokratie angepasst. Dazu haben wir geschrieben: *„Während die herrschende Klasse sich gezwungen sah, diese Forderungen [der sozialen Bewegungen] zu integrieren, um einer Radikalisierung entgegenzuwirken und um breite Sektoren zu vereinnahmen und zu integrieren, sahen diese Strömungen der Linken in diesen Errungenschaften nicht Stützpunkte für den Kampf, sondern sie etablierten sie als Endziele. Ihr antikapitalistisches Programm tauschten sie ein gegen ein anti-neoliberales, das heißt, eines mit dem minimalen, defensiven Ziel, die perfidesten Angriffe der konservativen Restauration zu begrenzen."*[3]

Auf der anderen Seite gibt es die Strömungen, die sich als links bezeichnen, aber die Kämpfe für die grundlegenden demokratischen Rechte der gesellschaftlich unterdrückten Sektoren unterbewerten. Sie tun so, als ob diese Kämpfe nur eine Angelegenheit der bürgerlichen Parteien oder der progressiven Mittelschichten wären und nicht der Gesamtheit der Ausgebeuteten. Diese sollten sich ihrer Meinung nach nur auf gewerkschaftliche Kämpfe beschränken.

Wir wollen Brot, aber auch Rosen

Der revolutionäre Sozialismus hat seine Wurzeln in der ArbeiterInnenklasse, der einzigen fortschrittlichen Klasse innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft. Er hat schon immer die frauenfeindlichen Vorurteile bekämpft, die von den patriarchalen Institutionen und den herrschenden Klassen gestreut werden, um die ausgebeuteten Klassen zu spalten. Diese Politik ist der reformistischen Anpassung an die verkommenen bürgerlichen Demokratien direkt entgegengesetzt. Genauso richtet sie sich gegen PopulistInnen, die sich – gestützt auf die Bauernschaft, die Mittelschicht, etc. – kleinbürgerlichen, rückwärtsgewandten und reaktionären Vorurteilen anpassen, mit denen die Kirche, die patriarchale Familie und andere Institutionen Millionen Menschen infizieren.

1. Andrea D'Atri ist Führungsfigur der PTS und der revolutionären Frauenorganisation *Pan y Rosas*.
2. Die FIT besteht aus der *Partido de los Trabajadores Socialistas* (PTS), der *Partido Obrero* (PO) und *Izquierda Socialista* (IS). Bei den Wahlen im Oktober 2013 erhielt sie 1,2 Millionen Stimmen. Siehe: Peter Robe: 1.200.000 Stimmen. In: Klasse Gegen Klasse Nr. 8. http://www.klassegegenklasse.org/1-200-000-stimmen/.
3. Andrea D'Atri und Laura Lif: Emanzipation der Frauen in Zeiten der weltweiten Krise. In: Klasse Gegen Klasse Nr. 9. http://www.klassegegenklasse.org/emanzipation-der-frauen-in-zeiten-der-weltweiten-krise/.

Frauenbefreiung

Im Gegensatz dazu betont der Marxismus in seinem Kampf gegen jede Willkür die Wichtigkeit des antikapitalistischen Kampfes der Gesamtheit aller Ausgebeuteten, und zwar für jede/n einzelne/n Unterdrückte/n, aus welcher Schicht oder Klasse sie/er auch kommen mag. Jeder Teilsieg im Kampf für demokratische Rechte ist lebenswichtig, wenn er für die Stärkung der Bewegung des radikalen Kampfes für die Befreiung eingesetzt wird. Gleichzeitig muss die ArbeiterInnenklasse – in der der Frauenanteil unter der Peitsche der Prekarisierung enorm gewachsen ist – lernen, sich jedes einzelnen Falls der Willkür und Unterdrückung in der Gesellschaft anzunehmen – „welche Klassen diese Fälle auch betreffen mögen" (wie es Lenin schrieb)[4].

Trotzkismus heute

Von diesem Gesichtspunkt aus nimmt die Partei Sozialistischer ArbeiterInnen (PTS), Teil der FIT, an den Kämpfen der ArbeiterInnenklasse teil, aber auch an der Bewegung der Frauen und der Jugend. Ihre Abgeordneten begleiteten diese Kämpfe sowohl auf der Straße als auch im nationalen Kongress und den Abgeordnetenhäusern der Provinzen von Buenos Aires und Mendoza.

Unser Ziel ist der Aufbau einer aktiven Kraft von Zehntausenden ArbeiterInnen und Jugendlichen, die in den Gewerkschaften und Studierendenzentren ein Gewicht bekommt und die Hunderttausende mobilisieren kann, um den Willen der herrschenden Klasse und ihren Unterdrückungsapparat zu brechen. Der Aufbau einer Politik gegen die Unterdrückung der Frauen innerhalb der ArbeiterInnenbewegung ist nicht nur deshalb grundlegend, weil es eine der Forderungen der unterdrücktesten Sektoren innerhalb der Ausgebeuteten (die arbeitenden Frauen) ist. Sondern diese Politik bekämpft auch den Syndikalismus und ist ein entscheidender Faktor im Prozess der Bildung von klassenkämpferischen Avantgardesektoren, die sich die demokratischen Forderungen zu eigen machen, deren Nichterfüllung durch den kapitalistischen Staat und sein Regime der Demokratie für die Reichen die Lebensbedingungen aller Frauen erschwert.

Deshalb treibt die PTS/FIT die Selbstorganisierung in Frauenkommissionen an den Arbeitsplätzen, in den Gewerkschaften, Betriebsgruppen oder Studierendenzentren voran. Mit dem Ziel, eine Frauenbewegung anzustoßen, die für ihre Befreiung kämpft. Dabei spielen die weiblichen Aktivistinnen eine herausragende Rolle im Aufbau der Gruppierung Pan y Rosas („Brot und Rosen") gemeinsam mit Arbeiterinnen, Studentinnen und Hausfrauen, die mit unseren Ideen sympathisieren[5].

Aber der Kampf für die Frauenbefreiung und die Gesamtheit der Unterdrückten ist keine ausschließlich weibliche Aufgabe. Deshalb hebt sich die PTS durch ihre theoretische Ausarbeitung auf dem Gebiet des Feminismus und Marxismus für den ideologischen Kampf hervor. Sie hat in ihren Reihen zahlreiche politische Arbeiterinnen- und Studentinnenkader, marxistische Intellektuelle und anerkannte Kämpferinnen auf allen Gebieten. Auch Parlamentarierinnen sind auf einer Augenhöhe mit unseren männlichen Mitstreitern. Wir teilen ein gemeinsames Programm und eine revolutionäre Strategie für unser Endziel: den Kapitalismus zerstören und eine Gesellschaft aufbauen, die von allen Ketten der Ausbeutung und Unterdrückung befreit ist, die heute die große Mehrheit der Menschheit fesseln.

aus „IzquierdaDiario" – 3. Februar 2015 – Übersetzung: Peter Robe

4. W.I. Lenin: Was tun? https://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1902/wastun/kap3c.htm.

5. Stefan Schneider und Wladek Flakin: Pan y Rosas. In: Klasse Gegen Klasse Nr. 10. http://www.klassegegenklasse.org/pan-y-rosas/.



Die sozialistische Frauenorganisation Pan y Rosas *demonstriert für sichere, legale und kostenlose Abtreibung in Argentinien.*

Kapital kann aufatmen

Der Tarifabschluss in der Metallindustrie bleibt weit unterhalb der Möglichkeiten der IG Metall.

VON MARK TURM

Mehr als 850.000 Beschäftigte der Metall- und Elektroindustrie beteiligten sich im Februar an Warnstreiks. Die Massivität drückt eine vorhandene Kampfbereitschaft aus, die sich nicht entfalten konnte. Die Streikaktionen der Beschäftigten erfolgten nach festem Drehbuch: Die GewerkschaftsfunktionärInnen rufen zu Warnstreiks auf, die Beschäftigten folgen dem Aufruf, ranghohe FunktionärInnen verhandeln mit den Bossen hinter geschlossenen Türen.

„Wir sind zufrieden mit dem Verlauf, wir sind zufrieden mit dem Ergebnis und wir können jetzt in unserer Industrie die nächsten 15 Monate wieder befriedet arbeiten“, bewertete Gesamtmetall-Präsident Rainer Dulger das Ergebnis. Detlef Wetzel, Erster Vorsitzender der IG Metall, meint: *„Mit dem heutigen Tarifergebnis stabilisieren wir die Konjunktur in Deutschland.“* Das deutsche



Kapital kann aufatmen, richtige Streiks sind nicht in Sicht.

Für die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie bringt der Tarifabschluss eine 3,4-prozentige Lohnerhöhung mit einer Laufzeit von 15 Monaten. *„Wir wollten keinen Anspruch [auf Bildungsteilzeit], keine Ausweitung der Mitbestimmung und keine Teilzeit-Bildungsfonds. Die kriegen wir jetzt auch nicht“*, freut sich Dulger von Gesamtmetall.

Doch obgleich viele Beschäftigte sich über das erzielte Ergebnis freuen werden, wäre viel mehr drin gewesen, betrachtet man die vorhandene und nicht eingesetzte Kampfbereitschaft unter den Beschäftigten und die gute Wirtschaftskonjunktur.

Das Problem: Für die GewerkschaftsbürokratInnen waren die Warnstreiks nur Mittel zur Betonung der eigenen Wichtigkeit für den „Standort Deutschland“, außerdem natürlich zur Legitimation gegenüber den Beschäftigten. Eine echte Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen war nicht einkalkuliert. In ihrer Rechnung nicht erfasst wurden mehr als eine Million Beschäftigte, die per Werkvertrag oder in Zeitarbeit arbeiten. Trotz der boomenden Profite in der Metallindustrie bekommen die Beschäftigten nur eine Lohnerhöhung, die unter dem Strich nicht einmal die Verzichtspolitik der letzten Jahre wettmacht.

Das fiese Spiel bei Siemens

Siemens-Chef Joe Kaeser kündigt 9.000 Entlassungen weltweit an, 900 allein in Erlangen.

VON GÜNTER HEU[1]

Peter Löscher hatte als Vorstandsvorsitzender der Siemens AG bis 2013 enormen Stellenabbau durchgesetzt. Dieses fiese Spiel wird von seinem Nachfolger Joe Kaeser fortgesetzt.

Mit der „Vision 2020“ kündigt Kaeser weltweite Entlassungen an. Etwa 9.000 Stellen sollen betroffen sein, davon 3.300 in der Bundesrepublik. Den Standort Erlangen trifft es am härtesten mit 900, gefolgt von München mit 500 Arbeitsplätzen. Die eigentliche „Vision“ jedoch, die die KapitalistInnen zu ihrem Handeln bewegt, sind Einsparungen in Höhe von einer Milliarde Euro. Das Ziel ist die Einnahme maximaler Profite, auf Kosten der ArbeiterInnenklasse.

Im Laufe dieses Programms erscheint eine Pressemitteilung von Siemens, die gleichzeitig 10.000 Neueinstellungen verkündet. So können Stellen leicht ins Ausland verlagert werden, die Prekarisierung bleibt unauffällig. Die Belegschaft wird verunsichert, soll sich aber als „Unternehmerin“ fühlen. Wie stark ist die Solidarität unter den KollegInnen von Siemens weltweit? Ohnehin haben die Siemens-ArbeiterInnen außerhalb der BRD lange nicht die Privilegien der in Deutschland beschäftigten ArbeiterInnen.

Auch hierzulande schreitet die Unzufriedenheit langsam voran. Eine Kaffeetasse (!) als Gewinnbeteiligung, die Streichung der Weihnachtsfeier, Stellenabbau und Verlagerung der Produktion ins Ausland. Wie lange wird das alles noch hingenommen? Wann werden endlich Forderungen nach sozial verträglichen und ökonomisch wertvollen Lösungen laut?



Die IG Metall muss sich für die 30-Stunden-Woche stark machen. Zwar sieht sie die Drohungen des Siemens-Vorstands als einen der Gründe für die hohe Beteiligung von einer haben Millionen ArbeiterInnen an den Warnstreiks am Anfang dieses Jahres. Doch trotzdem fordert sie kein Ende der asozialen Politik in den kapitalistischen Vorständen. Die Gewerkschaft spielt das fiese Spiel einfach mit. Sie verzichtet auf weitere Warnstreiks und erfindet eine Einigung, ohne weiter auf die Missstände bei der Siemens AG einzugehen.

Um dem ganzen Spiel endlich ein Ende zu setzen und sowohl der Gewerkschaftsbürokratie als auch den Vorständen entgegenzutreten, müssen wir KollegInnen uns organisieren und eigene kämpferische Strukturen aufbauen!

1. Arbeiter bei der Siemens AG in Berlin.

Großangriff der Post AG

PREKARISIERUNG: Der ehemalige Staatskonzern nähert sich dem „Modell Amazon". Wenn es zum Widerstand kommt, ist eine Zusammenführung der Kämpfe zentral.

Die Post AG hätte am liebsten nur noch Roboter.


VON SUPHI TOPRAK
UND MAX KARLMANN

Die Deutsche Post AG plant eine massive Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ihrer Belegschaft. *„Wir müssen das Delta zwischen den Lohnkosten der Post und denen der Konkurrenz schließen"*, äußerte sich Vorstandschef Frank Appel, *„wir zahlen heute unseren Mitarbeitern teilweise doppelt so viel wie unsere Wettbewerber"*. Diese Aussagen muss man vor dem Hintergrund der hohen Gewinne sehen, die die Deutsche Post einfährt. Ihre Aktien sind auf Rekordkurs, seit 2008 stieg der Gewinn pro MitarbeiterIn um 56 Prozent. Passend dazu wurden auch die Preise für KundInnen kontinuierlich erhöht.

Trend zur Prekarisierung

In den letzten Jahren stellte die Post immer mehr Beschäftigte befristet ein. Heute haben ein Drittel der PaketzustellerInnen nur befristete Verträge. Der aktuell geltende Haustarif und der relativ hohe Organisationsgrad der ArbeiterInnen verhinderten bisher weitere Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen. Das möchte die Post nun umgehen.

Deshalb gründete sie im Januar Regionalgesellschaften unter dem Namen „DHL Delivery GmbH", deren im Handelsregister eingetragener Unternehmenszweck „die Erbringung logistischer Dienstleistungen, insbesondere Beförderung und Zustellung von Paketsendungen" ist. Der geltende Haustarif soll also durch den Tarif der Speditions- und Logistikbranche ersetzt werden. Das bedeutet nicht nur bis zu 35 Prozent weniger Lohn, sondern auch flexible Arbeitszeiten von bis zu 10:45 Stunden pro Tag und die Pflicht zu Mehrarbeit an freien Tagen. Eine planbare Freizeit ist damit nicht möglich. Es gibt keinen Schutz vor Versetzungen und keinen tarifvertraglichen Kündigungsschutz. Das Ziel ist die massive Erhöhung des Drucks und der Flexibilisierung der gesamten Belegschaft.

Begonnen hat es bereits: Aktuell befristet angestellte PaketlieferantInnen werden gezwungen, in die Tochterfirmen zu wechseln. Entweder akzeptieren sie die schlechteren Löhne und Arbeitsbedingungen der Delivery GmbH oder ihre Verträge werden nicht verlängert. Die Agentur für Arbeit teilte einigen befristet Beschäftigten bereits mit, dass sie bei einer Ablehnung des Angebots mit einer Streichung von Leistungen rechnen müssten. Unter diesen Bedingungen, vor allem angesichts des fehlenden Kündigungsschutzes, wirkt die angebotene Entfristung beim Wechsel wie Puderzucker auf einem Haufen Scheiße.

Vorbild Amazon

Es ist wenig überraschend, dass das Produktionsmodell des Online-Marktführers Amazon auch auf andere Unternehmen ausstrahlt. Die Post als ehemaliges Staatsunternehmen befindet sich dabei zwar in einer völlig anderen Ausgangslage, kann sich dem Druck der Konkurrenz aber dennoch nicht entziehen. Bisher unterschied sie sich unter anderem durch die starke Verankerung der Gewerkschaft im Unternehmen und durch die lange bestehende Sozialpartnerschaft, die nun jedoch vor der endgültigen Aufkündigung steht.

Der massive Anstieg von Befristungen in den vergangenen Jahren auf zehn Prozent der Gesamtbelegschaft – also fast 15.000 Beschäftigte – zeigte bereits die neue Marschrichtung auf. Die jetzt angebotenen Langzeitverträge dienen dabei nur dem schnellen Aufbau der neuen Tochtergesellschaften. Für die Zukunft ist auch dort mit einer großen Zahl befristeter Stellen zu rechnen.

Weitere Elemente des „Modell Amazon" könnten folgen: Insbesondere der massive Druck zur Selbstoptimierung der MitarbeiterInnen und die immer stärkere Erfassung und präzise Taktung jedes einzelnen Produktionsschritts sowie die damit einhergehende Tendenz zur Überausbeutung.

Gemeinsamer Kampf

Ver.di hat bereits Widerstand angekündigt, der Vorsitzende Frank Bsirske betonte sogar, es drohe *„ein richtiger Großkonflikt in einem Bereich, der gewerkschaftlich sehr, sehr gut organisiert ist"*. Dennoch sollten die tausenden betroffenen KollegInnen nicht darauf vertrauen, dass auf den harten Angriff automatisch eine energische Antwort folgt. Sie müssen selbst dafür sorgen, dass ihre Gewerkschaft es nicht bei symbolischem Protest belässt, sondern schlagkräftige Streiks organisiert und dabei alle Post-Beschäftigten miteinbezieht, inklusive der neuen Tochtergesellschaften. Darüber hinaus darf es eigentlich keinen Weg vorbei an der naheliegenden Allianz mit den Streikenden bei Amazon geben.

DHL ist in Deutschland immer noch mit Abstand Amazons größter Logistikpartner. Ein gemeinsamer Kampf würde also besonders gute Möglichkeiten eröffnen. Wenn die gut organisierten KollegInnen der Paketlieferdienste gleichzeitig mit Amazon-Beschäftigten streiken, dann könnte der US-Konzern auch mit noch so vielen StreikbrecherInnen massive Auswirkungen auf sein Kerngeschäft nicht mehr verhindern. Gemeinsam könnten die verschiedenen Belegschaften nicht nur aktuelle Angriffe zurückschlagen, sondern hätten auch die Kraft, die politischen Wegbereiter dieser Angriffe, wie die Agenda 2010, zu bekämpfen. Diese Chance darf nicht vertan werden.


ONLINE LESEN...
Stefan Schneider: Das „Modell Amazon"

VON MARIUS MAIER UND ALEXEJ PESCHKOW

Um die Jahreswende 2013/14 brannten in den Straßen Kiews die Barrikaden, ehe Präsident Janukowitsch am 21. Februar aus Kiew floh und den Weg nach Russland über die Krim suchte. Einen Tag später erklärte ihn das Parlament für abgesetzt – wohlgemerkt verfassungswidrig, da die ukrainische Verfassung ein langwieriges Amtsenthebungsverfahren vorsieht.

Genau ein Jahr später reiste Bundespräsident Joachim Gauck nach Kiew, um *„ein Zeichen der Solidarität mit der ukrainischen Demokratiebewegung"*[1] zu setzen. Es ist freilich vielmehr ein Zeichen der Solidarität mit einem neuen Regime von OligarchInnen, das sich mithilfe faschistischer Milizen an die Macht putschte. Zentral für die deutsche Regierung ist jedoch der pro-westliche Charakter der neuen ukrainischen MachthaberInnen.

Ein pro-westliches Regime vor den eigenen Toren, das möglicherweise NATO-Mitglied werden könnte? Damit wollte sich der russische Präsident Wladimir Putin nicht abfinden. Die Folgen waren die Besetzung der Krim durch das russische Militär, ein offener Krieg im Donbass zwischen der ukrainischen Armee und pro-russischen Kräften und damit einhergehend die tiefsten geopolitischen Spannungen seit dem Ende des Kalten Krieges.

Deutsche Beziehungen zu den USA…

Die geopolitischen Dimensionen sind dabei vielschichtig und beschränken sich nicht auf das Schema „Der Westen" gegen Russland. Das wurde einmal mehr auf der Münchener Sicherheitskonferenz Anfang Februar deutlich, als von Seiten der USA scharfe Töne Richtung Deutschland gespuckt wurden. Insbesondere aus konservativen Kreisen des Washingtoner Politbetriebes war bis zum jüngsten Waffenstillstand die Forderung laut geworden, die ukrainische Armee mit „Defensivwaffen", unter anderem Panzerabwehrraketen, zu bestücken. Somit sollte der Preis für Putin hochgetrieben werden und die Verhandlungsposition gegenüber Russland gestärkt werden.

Während sich US-Präsident Barack Obama noch zurückhielt und die Waffenstillstandsverhandlungen abwarten wollte, sprachen sich Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihr wichtigster europäischer Verbündeter, der französische Präsident François Hollande, strikt gegen Waffenlieferungen aus. Dafür wurde Merkel vom einflussreichen US-Senator John McCain, ehemaliger republikanischer Präsidentschaftskandidat, „Dummheit" attestiert[2].

Zwar wollen die USA wohl kaum in einen militärischen Konflikt in Osteuropa direkt intervenieren. Dafür sind sie selbst zu sehr damit beschäftigt, ihre Hegemonie in ihren halbkolonialen Einflussbereichen aufrecht zu erhalten, insbesondere im Nahen Osten. Zudem brächte ein Eingreifen in den unmittelbaren Einflusssphären Deutschlands und Russlands unkalkulierbare Risiken mit sich. Dennoch können sie durch eine aggressive Linie gegenüber Russland dazu beitragen, einen schwelenden Konflikt am Laufen zu halten und damit sowohl Deutschland als auch Russland unter Druck setzen.

Im Gegensatz zu Deutschland ist für die USA der Handel mit Russland unbedeutend. Daher will die USA mit einer konfrontativen Haltung die Interessen ihres Kapitals durchzusetzen, während Deutschland versucht, die Balance zwischen wirtschaftlichen Interessen mit Russland und geopolitischen Interessen gegen Russland zu finden. Die Anspannung, die über den richtigen Umgang mit Russland im westlichen Lager entsteht, zeigt sich auch bei der transatlantischen Militärallianz NATO. Insbesondere die USA waren es, die darauf gedrängt haben, zusammen mit den Europäern eine schnelle Eingreiftruppe in Osteuropa zu stationieren, die nun 30.000 SoldatInnen umfassen wird. Währenddessen wird in bürgerlichen Leitmedien und Think-Tanks angesichts der Uneinigkeit der NATO und ihrer Unfähigkeit, Putins Militärinterventionen zu stoppen, die Frage nach der Zukunft des Militärbündnisses gestellt.

…und zu Russland

Bundespräsident Joachim Gauck hatte schon bei der letztjährigen Münchener Sicherheitskonferenz angekündigt, Deutschland müsse *„mehr Verantwortung in der Welt übernehmen"*. Dieser Aufgabe hat sich nun Merkel persönlich angenommen, als es darum ging, den Waffenstillstand auszuhandeln. In der Tat hat Deutschland kein Interesse an einer Ausweitung des Konflikts. Deutschlands Ziel ist es nicht, den momentan fest im Sattel sitzenden Putin von seinem hohen Ross zu stoßen, sondern gegenüber Russland und den USA seinen eigenen Einfluss in der Ukraine und Europa auszubauen. Ein heißer Konflikt, der für das militärisch schwache Deutschland auch gefährlich nah vor der eigenen Haustüre steht, erschwert die Pläne für die ökonomische und politische Dominanz über die Ukraine.

1. Gedenken an die Opfer des Maidan-Aufstandes in Kiew. http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Berichte/DE/Joachim-Gauck/2015/02/150222-Gedenkveranstaltung-Kiew.html.

2. New York Times: Western Nations Split on Arming Kiev Forces. http://www.nytimes.com/2015/02/08/world/europe/divisions-on-display-over-western-response-to-ukraine-at-security-conference.html.

Ein neuer Kalter Krieg?

UKRAINE: Die schärfsten geopolitischen Spannungen seit dem Ende des Kalten Krieges vertiefen sich. Die Aufgabe der Linken ist es derweil nicht, Merkels Verhandlungskurs zu unterstützen oder sich auf die Seite der pro-russischen Volksrepubliken zu stellen, sondern eine unabhängige Perspektive der ArbeiterInnenklasse zu schaffen.

Dennoch hat die EU nach dem jüngsten Waffenstillstand an einer neuen Stufe der Sanktionen gegen Russland festgehalten, die weitere Einreisesperren und Kontoeinfrierungen beinhalten. Merkel betonte immer wieder, die Sanktionen bräuchten Zeit, um ihre Wirkung zu entfalten. Tatsächlich ist fraglich, wie lange Russland sich den Krieg leisten kann. Die Modernisierung der russischen Wirtschaft wurde jahrelang vernachlässigt, wodurch Russland in hohem Maße auf die Deviseneinnahmen des Erdölexportes angewiesen ist. Im Zuge der niedrigen Ölpreise, geringer ausländischer Investitionen und des Handelsrückgangs durch die Sanktionen stagniert die russische Wirtschaft, bei einem fortschreitenden Kursverfall des Rubels. Dies will der Kreml durch den Rückgriff auf Notreserven und Einsparungen bei Sozialleistungen und öffentlichen Gehältern kompensieren. Gewiss hat Deutschland an einem destabilisierten Russland kein Interesse, bestünde doch die Gefahr von ernsten ökonomischen Verlusten und politischen Turbulenzen. Doch kann es Merkel nur Recht sein, wenn Putin in Zukunft ein wenig kleinlauter auftritt und nicht in der Lage ist, sofort die militärische Karte zu zücken.

Innenpolitische Debatte

Innenpolitisch erhält Merkel breite Unterstützung für ihre Verhandlungsführung. Die deutsche Bourgeoisie spricht zwar in der Frage zum Verhältnis zu Russland nicht unbedingt mit einer Stimme. Für bedeutende Sektoren des Kapitals stellt Russland einen wichtigen Handelspartner dar, insbesondere beim Export von Industriegütern und dem Import von Gas. Einigkeit besteht aber über die Unterstützung des Kiewer Regimes, und dass der Konflikt nicht militärisch, sondern diplomatisch zu lösen sei.

Auch die Linkspartei stellt sich hinter Merkels Verhandlungskurs. So sagte Parteichef Bernd Riexinger: *„Wir begrüßen [...] außerordentlich die diplomatische Offensive von Frau Merkel und Präsident Hollande.“*[3] Die Verhandlungen sollen aber dazu dienen, dem deutschen Kapital die Ausbeutung der Ukraine zu erleichtern. So beteiligt sich Deutschland mittels des Internationalen Währungsfonds an der Vergabe von Krediten für das pleitebedrohte Kiewer Regime. Dafür werden harte Sparauflagen vorausgesetzt: Das jüngste Wirtschaftsprogramm, das Ende Dezember im ukrainischen Parlament für die nächsten fünf Jahre beschlossen wurde, sieht unter anderem die Entlassung von zehn Prozent der öffentlich Bediensteten, die teilweise Privatisierung des Gesundheits- und Bildungssystems und die Schließung und Privatisierung von dutzenden Kohlebergwerken vor.

Die Positionierung der Linken

Es ist nicht die Aufgabe von Linken in Deutschland, sich den Verhandlungen und Spardiktaten der Merkel-Regierung unterzuordnen. Aber wie sollten wir uns zu den Volksrepubliken von Donezk und Lugansk verhalten? Die Volksrepubliken entstanden als ein pro-russisches Projekt, unter Führung von Teilen der ostukrainischen Bourgeoisie, Staats- und GewerkschaftsbürokratInnen und pro-russischen NationalistInnen, unterstützt durch russische Militärs und Geheimdienste. Ihre Perspektive ist eine moskauhörige Ordnung, in der die ArbeiterInnenklasse ähnlich repressive Maßnahmen wie im Westen des Landes erwarten kann. Alle Kommandeure eint das erzreaktionäre, von der russisch-orthodoxen Kirche beeinflusste Weltbild, welches stark homophob und frauenfeindlich geprägt ist.

Die Bekämpfung explizit faschistischer Bataillone auf Kiewer Seite, wie das Asow- oder Donbass-Bataillon, darf nicht bedeuten, einen Kampf für die nationalistischen „Volksrepubliken“ zu führen oder gar eine offene und „offizielle“ Intervention Putins einzufordern. Keine der beiden Seiten vertritt die Interessen des Proletariats – auch nicht die pro-russischen Kräfte, von denen einzelne einen „antifaschistischen“ Diskurs pflegen. Dieser „Antifaschismus“ – welcher keineswegs den Kapitalismus bekämpfen will – ist mit Nationalismus getränkt. Er verkennt ebenso, dass das Regime um den ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko keine „faschistische Junta“ darstellt, wie die Moskauer Propaganda behauptet.

Demgegenüber betonen revolutionäre MarxistInnen die Unabhängigkeit und die Einheit des ukrainischen Proletariats. Die ArbeiterInnen in der Ost- und Westukraine müssen vereint für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen einstehen. Dafür brauchen sie ein Programm, das gegen die Entlassungen, Privatisierungen und Sozialkürzungen vorgeht und perspektivisch für die Enteignung der OligarchInnen sowie die Vergesellschaftung der Banken und Konzerne unter Kontrolle der ArbeiterInnen eintritt. Gegen die Unterdrückung durch die imperialistischen NATO-Staaten und die Großmacht Russland setzen wir die Losung der vereinten Sowjetrepublik Ukraine. Für die deutsche Linke gilt es derweil – gemäß Karl Liebknechts Aussage *„Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“* – die verbrecherische Rolle des deutschen Imperialismus aufzuzeigen. Forderungen, die sich daraus ergeben sind: Für die Streichung der Schulden! Für ein Ende der Sparauflagen! Gegen die Unterstützung des Kiewer Regimes!

3. Bernd Riexinger: Falken in den USA nicht nachgeben. 9. Februar 2015. http://www.die-linke.de/nc/mediathek/videos-pressekonferenzen/

Den Staat zerstören

THEORIE: Nicos Poulantzas entwarf eine ideologische Rechtfertigung für die Praxis von Syriza heute. Statt Klassenkampf dominiert die Konzentration auf den Staat.

VON STEFAN SCHNEIDER

Die *„Bestätigung der Gramsci-Poulantzas-Option: die Macht durch Wahlen erringen und gleichzeitig die Gesellschaft mobilisieren“*[1]: So beschrieb Stathis Kouvelakis, führende Figur des linken Flügels von Syriza, das Ergebnis der Wahlen in Griechenland Ende Januar.

Die europäische Linke feierte eine „historische Wende“ und sah teilweise in Syriza sogar die „erste linksradikale Regierung“ (trotz der Koalition mit der rechtspopulistischen ANEL). Auch Blockupy-AktivistInnen zeigten sich begeistert über die Option einer linken Regierungsübernahme bei gleichzeitigem außerparlamentarischen Druck auf der Straße.

Doch der Mythos Syriza beginnt schnell zu verfliegen, nachdem Tsipras und Co. nur Wochen nach der Wahl in allen zentralen Fragen dem Druck der Troika nachgegeben hat. Diese Kapitulation erklärt sich aber nicht nur durch die harte Haltung vor allem der deutschen Regierung, sondern liegt auch in der politischen Strategie Syrizas begründet[2].

„Demokratischer Sozialismus“ und „Eurokommunismus“

Ideologisches Zentrum von Synaspismos, der größten Fraktion von Syriza, ist das „Nicos-Poulantzas-Institut“ in Athen. Der griechische Poststrukturalist Nicos Poulantzas hatte sich in den 1970er Jahren im Anschluss an den französischen Theoretiker Louis Althusser eine Erneuerung der marxistischen Staatstheorie vorgenommen.

1. Sebastian Budgen und Stathis Kouvelakis: Greece: Phase One. https://www.jacobinmag.com/2015/01/phase-one/.
2. Alexej Peschkow und Stefan Schneider: Die Illusionen des Neoreformismus. In: Klasse Gegen Klasse Nr. 13. http://www.klassegegenklasse.org/die-illusionen-des-neoreformismus/.



In seinen Arbeiten fasste Poulantzas den Staat als eine „materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen“. Mit seiner Vorstellung eines neuen „demokratischen Sozialismus“ gilt er als einer der Theoretiker des „Eurokommunismus“. Diese ideologische Richtung verknüpfte die Abkehr vom klassischen stalinistischen Verständnis des Sozialismus mit einer reformistischen Wende der ehemaligen Kommunistischen Parteien in Europa, in deren Folge viele von ihnen sukzessive in bürgerliche Regierungsverantwortung traten.

Der „Eurokommunismus“ bedeutete damit – eher als eine Neuformulierung einer Verbindung von Sozialismus und Demokratie – die Sozialdemokratisierung der ehemaligen stalinistischen Parteien als Resultat *„des politischen und ideologischen Niedergangs einer Fraktion der europäischen Arbeiterbewegung unter den Bedingungen einer Zuspitzung der Spannungen und der Klassenkämpfe.“*[3]

Der Eurokommunismus ist ein antistalinistischer Reformismus, der jedoch mit dessen Methoden nicht bricht und ebenso opportunistisch und reformistisch ist. Historisch ist dieser Antistalinismus ein Resultat des Scheiterns der der 68er-Bewegung. Die heutige Führungsriege Syrizas kommt aus dieser Tradition. Und anders als Kouvelakis' Aussage vermuten lässt, verzichtet Syriza auf Gramscis Vorstellung von der Eroberung der gesellschaftlichen Hegemonie im Klassenkampf und setzt wie Poulantzas auf die Eroberung von Positionen im Staatsapparat.

Für Poulantzas setzt die Übernahme der Staatsmacht zwar einen langen Prozess der Veränderung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses voraus, allerdings nicht im Sinne eines Kampfes um die Hegemonie der ArbeiterInnenklasse, wie es Gramsci definiert. Denn Poulantzas lehnt die Entwicklung einer Doppelmacht ab, die den bürgerlichen Staat letztendlich zerschlägt und einen ArbeiterInnenstaat an seine Stelle setzt. Stattdessen setzt er auf eine „Transformation des Staates“ – eine Formel, die viele heutige ApologetInnen des (Neo-)Reformismus teilen. Poulantzas schlägt einen „demokratischen Sozialismus“ vor, der eine innere Verwandlung des bürgerlichen Staates in eine „echte Demokratie“ beinhaltet.

Eurokommunistische Regierungsbeteiligungen

Auch wenn die Kommunistischen Parteien schon an bürgerlichen Regierungen beteiligt waren (so im Rahmen der „Volksfront“-Politik der 1930er Jahre oder direkt nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs), kehrten viele westeuropäische Kommunistische Parteien in den 1970er Jahren der Strategie der sozialistischen Revolution mit dem Ziel der Diktatur des Proletariats offen den Rücken – in angeblicher Abgrenzung vom stalinistischen Ostblock. Die eurokommunistischen Parteien traten in bürgerliche Regierungen ein – auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene. Die Kommunistische Partei Frankreichs (KPF) war beispielsweise seit 1981 an einer Regierung mit dem Sozialdemokraten François Mitterand beteiligt und trug bis 1984 den scharfen neoliberalen Kurs der Regierung mit. Die Kommunistische Partei Italiens (KPI) unterstützte ab 1976 die christdemokratische Minderheitsregierung.

3. Ernest Mandel: Kritik des Eurokommunismus. Olle & Wolter 1978.

oder übernehmen?

Nach dem Zerfall des Ostblocks zerfielen viele der Kommunistischen Parteien in ihre Bestandteile. Aus der KPI ging beispielsweise die Demokratische Partei hervor, die heute den neoliberalen Ministerpräsidenten Mateo Renzi stellt. Aus einer Minderheit der KPI ging *Rifondazione Comunista* hervor, die von 1996 bis 1998 die bürgerliche Prodi-Regierung unterstützte und die 2006 der Entsendung italienischer Soldaten nach Libanon zustimmte.

Auch in Griechenland gibt es eine Geschichte der Regierungsbeteiligung durch nominell kommunistische Parteien. Die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) bildete trotz ihrer Moskau-Treue 1989 als Teil eines linken Wahlbündnisses eine Koalitionsregierung mit der konservativen *Nea Demokratia*. Als diese 1991 zerbrach, gründeten die eurokommunistisch orientierten Teile der KKE die Partei Synaspismos, die später in Syriza aufging und heute die Führung dieser Partei stellt.

„Materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen"

Poulantzas' Definition des Staates als „materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen" beruht dabei vor allem auf einem grundlegenden theoretischen Missverständnis – mit weitreichenden Folgen.

Die Fehlinterpretation ist, es hätte bei Marx „verschiedene" Staatsverständnisse gegeben. Als Beweis wird folgende vereinfachte Formel aus dem „Manifest der Kommunistischen Partei" herangezogen: *„Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisklasse verwaltet."*[4] Dies wird dann beispielsweise mit den Erläuterungen im „Achtzehnten Brumaire des Louis Napoleon Bonaparte" über die Verselbständigung des Staatsapparates in verschärften Situationen des Klassenkampfes kontrastiert. Da es ja offensichtlich sei, dass der Staat nicht direkt einer bestimmten Kapitalfraktion gehorche, müsse daher die „instrumentalistische" Definition – d.h. die des bürgerlichen Staates als Instrument der Bourgeoisie – fallengelassen werden. Im Ergebnis schießt Poulantzas weit über das Ziel hinaus, da er die Klassennatur des bürgerlichen Staates letzten Endes auflöst.

Denn die „materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen" im Staat bedeutet, dass die Struktur des Staates im Kapitalismus nicht vorgegeben ist, sondern auf der spezifischen Ausformung der Kräfteverhältnisse beruht. Das ist zwar erstmal insofern richtig, als dass der bürgerliche Staat die Funktion besitzt, die Klassenverhältnisse zu verwalten und in bestimmten Klassenkampfsituationen seine Form wechseln kann (z.B. vom bürgerlichen Parlamentarismus zur faschistischen Diktatur). Aber die Schlussfolgerung von Poulantzas und seinen AnhängerInnen läuft darauf hinaus, dass eine verschärfte Klassenkampfsituation zu einer grundlegenden Veränderung der kapitalistischen Natur des Staates führen könnte.

Im Ergebnis heißt das, dass die ArbeiterInnenklasse in einer Situation, in der sie die Überhand über die Bourgeoisie gewinnen sollte, den bürgerlichen Staatsapparat vollständig übernehmen könnte. Damit wird der Zweck des bürgerlichen Staates – nämlich die kapitalistische Produktionsweise aufrecht zu erhalten – entleert und die Möglichkeit eröffnet, dass der Staat im Kapitalismus nicht immer ein bürgerlicher Staat sein müsse. Oder anders gesagt: Der Sozialismus könnte durch den bürgerlichen Staatsapparat eingeführt werden.

4. Karl Marx und Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. https://www.marxists.org/deutsch/archiv/marx-engels/1848/manifest/1-bourprol.htm.

Poulantzas postuliert zwar: *„Selbst wenn sich die Kräfteverhältnisse und die Staatsmacht zugunsten der Volksklassen verändern sollten, tendiert der Staat mehr oder weniger langfristig dahin, das Kräfteverhältnis, manchmal in anderer Form, zugunsten der Bourgeoisie wiederherzustellen."*[5] Aber er kann nicht erklären, warum dies der Fall ist und warum die beherrschten Klassen den bürgerlichen Staat nicht einfach übernehmen könnten. Poulantzas' Strategie ist damit letztlich nur eine Neuauflage des klassischen Reformismus, der sich die Übernahme des bürgerlichen Staates durch Wahlen auf die Fahnen geschrieben hatte.

Als „Verdichtung von Kräfteverhältnissen" betont Poulantzas zwar die Rolle des Klassenkampfes, doch ist das Ziel dieses Klassenkampfes letztlich der bürgerliche Staat, der von innen verändert werden kann. Paradoxerweise wird damit die reformistische Konzentration auf Wahlen gerade durch den Klassenkampf erklärt, anstelle den Klassenkampf als Kampf gegen die herrschende Klasse und ihren Staat zu verstehen. So können die Parteien des „Eurokommunismus" eine gewisse Klassenkampfrhetorik aufrecht erhalten und gleichzeitig einen Pakt mit der Bourgeoisie eingehen.

Poulantzas löst sowohl die Vorstellung einer sozialistischen Revolution als auch die Notwendigkeit der politischen Unabhängigkeit der ArbeiterInnenklasse auf – letztlich sogar die ArbeiterInnenklasse als politisches Subjekt selbst. Er geht so weit zu postulieren, dass der harte Kern der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in einer ersten Phase der „Transformation" beibehalten werden muss.

Klassenkampf statt Regierungsbeteiligung!

Doch alle „eurokommunistischen" Projekte verhielten sich trotz anderslautender Rhetorik an der Regierung nicht anders als reformistische Parteien: Sie stützten überall die Austeritätspolitik der herrschenden Klasse und machten sich zu MitverwalterInnen der kapitalistischen Misere. In einigen Fällen unterstützten sie sogar die imperialistischen Interventionen ihrer Regierungen. Denn eine kämpferische Rhetorik macht noch lange keinen Klassenkampf. Letztlich mussten sich all diese Projekte dem kapitalistischen Sachzwang beugen. Denn ihre Politik besteht in der Mitverwaltung des kapitalistischen Staates, statt in der Mobilisierung gegen ihn.

Die Auswirkungen dieser demobilisierenden Politik bekommen die griechischen Massen gerade zu spüren. Syriza kann den griechischen Staat nicht „transformieren" – schon gar nicht unter Druck von Seiten der imperialistischen Troika. Das zeigt sich allein schon bei der Frage der Polizei, die weiterhin von FaschistInnen durchsetzt ist. Eine Abschaffung dieses Klasseninstruments der Bourgeoisie aber strebt Syriza nicht ansatzweise an.

Die Beschränkung auf den bürgerlichen Parlamentarismus – selbst wenn sie sich in poulantzianischer Rhetorik einen marxistischen Anstrich gibt – führt nicht dazu, dass die KapitalistInnen die Krise bezahlen müssen. Denn der bürgerliche Staat kann nicht transformiert, sondern nur zerschlagen werden. Dafür braucht es den Aufbau einer unabhängigen revolutionären Alternative zu Projekten wie Syriza, die die Zentralität der Mobilisierung der ArbeiterInnenklasse und die Perspektive der Diktatur des Proletariats verteidigen.

5. Nicos Poulantzas: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologien, Autoritärer Etatismus. VSA 2002.

Ist Thüringen rot geworden?

LINKSPARTEI: Seit 100 Tagen regiert DIE LINKE mit dem Ministerpräsidenten Bodo Ramelow ein Bundesland. Was hat die neue „linke" Regierung bisher erreicht? Eine Bestandsaufnahme.

VON OSKAR HUBER

Zum ersten Mal stellt die Linkspartei mit Bodo Ramelow den Regierungschef eines Bundeslandes. Die neue rot-rot-grüne Koalition in Thüringen sah sich von Beginn an Angriffen von rechts ausgesetzt.

Ramelow selbst wurde schon vor der Wahl wegen seiner Teilnahme an einem antifaschistischen Protest politisch angegriffen. Zu Regierungsantritt demonstrierten 1.500 ReaktionärInnen mit Anti-DDR-Slogans gegen die „Linksregierung". Und nicht nur die reaktionären PEGIDA-Ableger, auch die Unionsparteien kritisierten den „humanitären" Abschiebestopp Ramelows, durch den bis zum 31. März in Thüringen keine AsylbewerberInnen abgeschoben werden.

Auf der anderen Seite

Wie gut das Kapital jedoch mit der Linkspartei kann, wird deutlich, wenn es um das geplante „Tarifeinheitsgesetz" geht. Es soll Minderheitsgewerkschaften das Streikrecht nehmen und die Gewalt bürgerlicher Gerichte über Streiks ausweiten. Die Bundesfraktionsspitze der Linkspartei meinte noch im Januar, die Tarifautonomie dürfe nicht *„den Profitinteressen der Wirtschaft geopfert"* werden[1]. Doch kurz darauf enthielt sich der einzige Linke-Ministerpräsident im Bundesrat bei der Abstimmung aus Rücksichtnahme auf seine Koalitionspartnerin SPD. Diplomatische Gründe veranlassten Ramelow also schon bei der ersten Prüfung, der Position der ArbeiterInnen den Rücken zu kehren.

In der aktuellen Tarifrunde des öffentlichen Dienst der Länder fordert ver.di in Thüringen unter anderem eine Lohnerhöhung um 5,5 Prozent, die unbefristete Übernahme nach der Ausbildung und den Ausschluss von befristeten Arbeitsverhältnissen ohne sachlichen Grund. Die „Linksregierung" dagegen findet das *„überzogen"*.[2] Vor und nach der Wahl zementierte die Linkspartei ihr Bekenntnis zur Schuldenbremse im Finanzierungsvorbehalt, unter dem alle frommen Wünsche nach Reformen zu stehen haben.

Auch der „Winterabschiebestopp" der neuen Regierung ist keine echte Konfrontation des „Asylkompromisses" zwischen der Grünen Partei und der Großen Koalition im Bund. So endet die Regelung Ende März, danach wird wieder abgeschoben.

Die Sprecherin des Thüringer Arbeitgeberverbands lobt derweil Ramelows Bekenntnis zur „sozialen Marktwirtschaft". Der Chef eines Automobil-Zulieferers erklärte: *„Dass Ramelow links ist, ist mir völlig egal"*[3]. Er forderte andere KapitalistInnen auf, ihn dort zu unterstützen, wo er sich für „die Interessen des Landes" einsetze. Statt eines Schulterschlusses mit dem nationalen Kapital, der sicher zulasten der ArbeiterInnen gehen wird, fordern wir die Verstaatlichung schließender Betriebe unter ArbeiterInnenkontrolle – und das ist nur gegen eine bürgerliche Regierung zu machen, „völlig egal" ob links drauf steht.


Bodo Ramelow

Friedliche Koexistenz?

Der linke Anspruch der Regierung Ramelow war nie hoch, die Erwartungen gering. Anders als die bürgerliche Tsipras-Regierung in Griechenland rief Bodo Ramelow nie Begeisterung in der radikalen Linken hervor. Aber statt ihn für seine pro-kapitalistische Politik zu kritisieren, verfolgen HauptakteurInnen weiter eine Strategie der friedlichen Koexistenz.

So schweigt sich die Interventionistische Linke (IL), selbst gut von der Linkspartei finanziert, über die neue Regierung aus. Aus dem „ultra-radikalen" autonomen Spektrum ist auch kein böses Wort zu hören: Wenn Syriza mit rechten NationalistInnen regieren darf, kann die Linkspartei das gleich mit zwei Abschiebeparteien. Kritiklos demonstrieren AntifaschistInnen gemeinsam mit der Linkspartei gegen „SÜGIDA", während die Regierungspartei die politische Verantwortung für den Polizeikessel gegen ebenjene Demonstrationen besitzt.

Doch ob ein „linker" Ministerpräsident Geflüchtete abschiebt, AntifaschistInnen schlagen und bespitzeln lässt, im Lohnkampf auf der anderen Seite steht – das hat die linke Bewegung etwas anzugehen.

Umso mehr, wenn die Linkspartei auf Bundesebene ihren Rechtsruck weiter fortsetzt. Anders als früher stimmte sie Ende Februar mit übergroßer Mehrheit für den erpresserischen Plan der Troika gegen die griechische Regierung. Das Einzige, das sich im Vergleich zu früheren Spardiktaten geändert hat, sind jedoch die Ausführenden: Nicht mehr die konservative *Nea Demokratia*, sondern Syriza setzt nun die Wünsche des deutschen Kapitals um. Grund genug für die Linkspartei, diesem Verrat zuzustimmen.

Während die „Linke in der Linken" das zwar kritisiert, hat sie im Gegensatz zum rechten Parteiflügel nicht die Klarheit über die Tragweite dieser Entscheidung. Der rechte Linkspolitiker Stefan Liebich urteilte dementsprechend: *„Das ist eine Veränderung, die über die konkrete Entscheidung von heute hinausgeht. Und zwar in Richtung Regierungsfähigkeit auch im Bund."*[4]

Was wir brauchen, ist keine friedliche Koexistenz mit den Ramelows dieser Welt, sondern eine eigene Partei der ArbeiterInnen und Unterdrückten als Instrument des Kampfes gegen Prekarisierung, FaschistInnen und Abschiebung.


ONLINE LESEN...
Friedrich Jäger: Die Mär von der „linken Regierung"

1. dbb: Tarifautonomie darf nicht geopfert werden. http://www.dbb.de/teaserdetail/artikel/tarifautonomie-darf-nicht-geopfert-werden.html.
2. Bernd Jentsch. Verdi will sattes Lohnplus für öffentlichen Dienst. http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/wirtschaft/detail/-/specific/Verdi-will-sattes-Lohnplus-fuer-oeffentlichen-Dienst-2069033067.
3. Frank Schauka: Ramelow setzt auf Marktwirtschaft – gegen die eigene Partei. http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Ramelow-setzt-auf-Marktwirtschaft-gegen-die-eigene-Partei-1139015329.
4. Matthias Lohre: Linke Jeinsager. http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-02/linke-gysi-zustimmung-griechenland-hilfe/.

Mit dem Sonderzug zum Kommunismus?

BLOCKUPY: Ein Bündnis ruft zur Blockade der EZB auf. Doch die symbolische Blockade spiegelt den nur symbolischen Widerstand des Reformismus gegen die Spardiktate.

VON FLORIAN FUCHS

Der Aus- und Umzug der Europäischen Zentralbank (EZB) steht unter dem Eindruck der aktuellen Erpressung der griechischen Bevölkerung durch die Troika oder die „Institutionen" aus EZB, Internationalem Währungsfonds (IWF) und der Europäischen Kommission. *„Es gibt nichts zu feiern an Sparpolitik und Verarmung"*, findet Blockupy – zurecht – und setzt sich zum Ziel, die Eröffnung zu stören und in einen *„Ausdruck des transnationalen Widerstands gegen die europäische Krisenpolitik"* umzufunktionieren[1].

Jeder Kampf gegen die Troika ist wichtig. Auch die vergangenen Repressionen gegen Blockupy und das Außerkraftsetzen demokratischer Rechte dürfen Linke nicht einfach hinnehmen. Was aber bedeutet der Widerstand gegen die europäische Krisenpolitik? Blockupy geht davon aus, dass es möglich ist, die Austeritätspolitik abzuwählen – der Druck von der Straße müsse nur stark genug sein, um eine demokratische Lösung zu finden.

Was ist „Demokratie ohne Kapitalismus"?

Das Blockupy-Credo von der „Demokratie ohne Kapitalismus" ignoriert die Art und Weise, wie der gegenwärtige Kapitalismus mit widerspenstigen demokratischen Entscheidungen umgeht: Er dreht ihr mit einem Handstreich den Geldhahn zu – und die neu gewählte griechische Regierung aus SYRIZA und ANEL (Unabhängige Griechen) musste nach einem Monat vollends vor Schäuble kapitulieren und die vordiktierten Konter-Reformen weiter umsetzen.

Die Hoffnungen auf Veränderung durch einen Wahlsieg von SYRIZA sind an den tatsächlichen politischen und ökonomischen Machtverhältnissen krachend zum Stillstand gekommen: Der „transnationale Widerstand" hat trotz aller Bemühungen der reformistischen Parteien offenbar kein einziges Druckmittel gegen die erstickende Macht des europäischen Kapitals in der Hand. Genauso wenig wird der Sonderzug zu den Protesten am 18. März am stahlharten Gehäuse der EZB einen ernsthaften Kratzer hinterlassen können.

Schon oft sind Versuche, den Kapitalismus abzuwählen, gescheitert, auch mit den grausamen Konsequenzen eines generellen Zusammenbruchs der Linken und der Übernahme der Rechten, wie beim Putsch gegen die linke Allende-Regierung in Chile 1973. Auch in Griechenland könnten am Ende schlimmstenfalls die FaschistInnen von der Goldenen Morgenröte als einzige „Alternative" zur Austeritätspolitik dastehen, nachdem SYRIZA alle wesentlichen Punkte ihres Wahlprogramms preisgegeben hat – falls die revolutionäre Linke keine eigene Alternative zu Syriza aufbauen kann.

Die Arbeitsteilung der Reformlinken

Der europäische Klassenkompromiss bröckelt. Die Staaten können in ihrer gegenwärtigen Form nicht mehr ohne Weiteres in einem einheitlichen Gebäude der Eurozone eingebettet werden, zu groß ist dazu die zerstörerische Dominanz Deutschlands geworden. Das „Durchregieren" der Troika, die „Interims"-Regierungen aus FinanzexpertInnen sowie vollautomatisierte Sanktionsmechanismen werden parlamentarischen Parteien in Zukunft noch weiter die Luft zum Atmen rauben. Keine noch so linke Parlamentsmehrheit, weder in Griechenland noch in Spanien, wird jemals dieses Dornenhalsband der europäischen Finanzarchitektur einfach ablegen können.

Das Arrangement zwischen der Linkspartei und der deutschen „Bewegungslinken" wie der Interventionistischen Linken (IL), die Blockupy mitträgt, lautet indes: Tust du mir nichts, tu ich dir nichts. Die IL meint, SYRIZA (deren Koalition mit der nationalistischen ANEL dabei schlicht ignoriert wird) könne die „schweigende Akzeptanz" der Sparpolitik beenden. Ihre Wahl sei *„nur ein – wenn auch wichtiger – Ausdruck der notwendigen Veränderung, die nur von den Straßen kommen, getragen und durchsetzt werden kann."*[2] Die IL verschweigt dabei, dass die vermeintlichen parlamentarischen Akteure dieser Veränderung – die Linksparteien in Griechenland und Deutschland – soeben kampflos dem neuen Spardiktat zugestimmt haben, also gerade das Gegenteil von dem tun, was „die Straße" vorgeblich von ihnen erwartet.

Die Unmöglichkeit dieser Quadratur des Kreises ist dabei kein Zufall, sondern nur konsequenter Ausdruck der formalen Architektur des bürgerlichen Europas. Die Befreiung der GriechInnen und aller EuropäerInnen von der Austeritätspolitik wird deshalb niemals mit, sondern nur gegen die bürgerlichen europäischen Staaten und gegen diese EU erkämpft werden. Die Diktatur der Troika kann nur durch die Diktatur des Proletariats beendet, Demokratie ohne Kapitalismus nur durch den Aufbau einer revolutionären ArbeiterInnenpartei erreicht werden. Das ist keine Aufgabe für übermorgen.

Wenn Blockupy über ein autonomes Event hinausgehen soll, das ReformistInnen einen radikalen Anstrich gibt, müssen jenseits des symbolischen Protests wirkliche Druckmittel gefunden werden. Dazu muss die ArbeiterInnenklasse im Zentrum des Protests stehen. Das bedeutet die Unterstützung von Arbeitskämpfen, zum Beispiel bei Amazon oder in der Sozial- und Erziehungsarbeit.

1. Blockupy: Let's Take Over The Party! https://blockupy.org/18m/aufruf/

2. Interventionistische Linke: Am Ende entscheidet die Straße. http://www.interventionistische-linke.org/beitrag/am-ende-entscheidet-die-strasse-bis-die-mauern-fallen.

KLASSEGEGENKLASSE
Zeitschrift der **Revolutionären Internationalistischen Organisation** | Deutsche Sektion der **Trotzkistischen Fraktion – Vierte Internationale** | Preis: **1 Euro** | Solipreis: **2 Euro**

AMAZON *goes* BLOCKUPY

VON **DAVID POPP**

Das Blockupy-Bündnis mobilisiert zum 18. März mit dem Slogan: *„18 null drei – ich nehm mir frei"*. Der Aufruf wurde auch von den KollegInnen bei Amazon am Standort Bad Hersfeld vernommen. Deshalb mobilisiert auch die dortige Betriebsgruppe, um gemeinsam nach Frankfurt zu fahren und an den Aktionen teilzunehmen – möglichst auch zusammen mit KollegInnen aus anderen Amazon-Standorten.

Dass die Streikenden damit über ihren eigenen Betrieb hinausgehen, ist nur folgerichtig. Sie beschränken ihren Protest nicht auf die Geschäftsführung des Unternehmens, sondern richten sich auch gegen die Politik der deutschen Regierung, die ganz direkt oder über den Umweg der europäischen Institutionen Druck auf ArbeiterInnen in Deutschland ausübt und die Geschäftspraktiken von Amazon erst ermöglicht. Mindestens ebenso wichtig ist der Aspekt der Solidarität mit ArbeiterInnen all jener Länder, die bereits viel härter vom Spardiktat betroffen sind, insbesondere in Griechenland.

Die Blockupy-Aktionen der letzten Jahre konnten zwar viele Menschen anziehen und ein großes Medienecho erzeugen. Doch der tatsächliche politische Druck, der dadurch entstand, war immer begrenzt. Meist handelte es sich um gut sichtbare, aber dennoch nur symbolische Aktionen.

Wenn jedoch ArbeiterInnen in den Streik treten und damit die kapitalistische Verwertungsmaschinerie ins Stocken bringen, wird der Druck auf Politik und Unternehmen ungleich größer – wie zuletzt der Bahnstreik eindrucksvoll gezeigt hat.

Auch Blockupy-AktivistInnen haben das teilweise erkannt und begonnen, Arbeitskämpfe zu unterstützen. So wurde zum Beispiel im Jahr 2013 bei Aktionen in der Frankfurter Einkaufsmeile „Zeil" auf den Streik im Einzelhandel Bezug genommen. Doch kommt diese Unterstützung meist nur von außen, anstelle des Aufbaus einer echten Basis unter den ArbeiterInnen selbst.

Im Laufe des vergangenen Jahres wurden Kontakte zwischen Blockupy-AktivistInnen und Amazon-KollegInnen geknüpft, insbesondere in Bad Hersfeld. In der Aktionswoche vor Weihnachten, als an sieben von neun Standorten gestreikt wurde, gab es dort dann eine Unterstützungsaktion, bei der Blockupy-AktivistInnen gemeinsam mit hunderten Beschäftigten die LKW-Ausfahrten blockierten und für massive Verzögerungen sorgten.

Die Amazon-Beschäftigten wollen nun an den Protesten gegen die EZB teilnehmen und auch auf der Demonstration als kämpfende ArbeiterInnen erkennbar bleiben. Sie mobilisieren deswegen zusammen mit dem bundesweiten Soli-Netzwerk, um nicht nur die Streikenden weiterer Standorte, sondern auch jene aus anderen Branchen in die Proteste einzubeziehen, die sich ebenfalls gerade im Arbeitskampf befinden – so zum Beispiel die KollegInnen der Sozial- und Erziehungsdienste, die in den kommenden Monaten voraussichtlich selbst für bessere Tarife streiken werden.

Diese Beispiele sollten Schule machen. Gerade in Streiks politisieren sich viele ArbeiterInnen und stellen fest, dass es grundlegende politische Veränderung braucht, um ihre Probleme zu lösen. Die radikale Linke muss deshalb über ihre Event-Politik hinaus gehen und eine stärkere Orientierung auf Arbeitskämpfe und gemeinsam organisierte Solidaritätsaktionen entwickeln. Denn nur der Aufbau einer klassenkämpferischen Basis in der ArbeiterInnenbewegung kann dem deutschen und europäischen Kapital tatsächlich gefährlich werden.

